

Der Westen kapiert es nicht

Ahnungslos und ignorant: So reagieren Europa und die USA noch immer auf den Krieg in der Ukraine. Sie haben nicht begriffen, warum die Russen Putin so treu ergeben sind. Sein Imperium soll ihnen Ordnung statt Chaos bieten – und eine neue Heimat.

VON JÖRG BABEROWSKI

In der Ukraine herrscht Krieg, Russland und Europa haben sich entzweit. Als die Sowjetunion zerbrach, hätte sich niemand vorstellen können, dass 25 Jahre später die Konfrontationen der Vergangenheit noch einmal nach Europa zurückkehren würden. Damals glaubte man nicht nur im Westen Europas, sondern auch in Russland, dass die Zeit des Kalten Krieges für immer zu Ende gegangen sei. Warum sollte nicht auch Russland ein Teil des freien Europas werden, so fragte sich Gorbatschow, der nicht verstehen konnte, warum der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, die Nato aber weiterbestehen sollte. Manche empfanden den Zerfall der Sowjetunion und die Geringschätzung, die ihr im Westen entgegengebracht wurde, als tiefe Demütigung.

Die Sowjetunion war am Ende, aber ihre Nachlassverwalter taten nichts, um der Bevölkerung den Abschied vom Imperium zu versüßen. Boris Jelzin, der inkompetente und überforderte Präsident der Russländischen Föderation, war das Symbol dieser zerrissenen Zeit. Im Rückblick wurden die Jelzin-Jahre von den meisten Russen als eine Zeit der Katastrophen wahrgenommen. Die Freigabe der Preise und die Privatisierung der Staatsbetriebe, die von den marktliberalen Reformern als Schocktherapie durchgesetzt worden waren, erwiesen sich als Desaster. Fast alle russischen Waren verschwanden vom Markt, die Währung zerfiel, die Bevölkerung verarmte, und die kommunistischen Funktionäre teilten das Staatseigentum unter sich auf. Blutige Verteilungskriege zwischen Mafiabanden erschütterten die Ordnung, es schien, als hätte sich der Staat selbst abgeschafft. Die Bürger Russlands und der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken machten die Erfahrung, dass freier Markt und freie Wahlen zwar den Funktionären und Kriminellen halfen, ihnen selbst aber nichts zu bieten hatten. Im Jahr 1991 hatten die meisten Bürger noch geglaubt, die nationale Unabhängigkeit der Republiken, die Einführung von Wahlen und freier Marktwirtschaft würden die Lösung all ihrer Probleme sein, auch in Russland. Am Ende der neunziger Jahre überwog das Gefühl, die Auflösung der alten Sowjetunion, die Jelzin während eines geheimen Treffens mit den Staatsoberhäuptern der Ukraine und Weißrusslands im Herbst 1991 verabredet hatte, sei ein Fehler gewesen.

Putins Popularität ist nur auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen verständlich. In seiner Regierungszeit wuchs der Wohlstand der Bürger, Millionen reisten ins Ausland und berauschten sich am Konsum. Die Preise für Rohstoffe stiegen, und Putin gelang es, die Elite am Reichtum teilhaben zu lassen und sie an sich zu binden. Zur selben Zeit entmachtete er Mafiapaten und Oligarchen. Nun war es zwar erlaubt zu stehlen, aber man durfte es nur noch mit Erlaubnis und im Auftrag des Staates tun. Die Bandenkriege verschwanden aus der russischen Wirklichkeit. Das Ende der Demokratie war der Preis, der dafür entrichtet werden musste, und die meisten Russen waren bereit, ihn zu zahlen. Denn Ordnungssicherheit ist unter prekären Verhältnissen wichtiger als Entscheidungsfreiheit. Im Westen hat man davon nichts verstanden.

Seither ist auch die Idee des Imperiums wieder präsent. Putin trat nicht mehr als Bittsteller, sondern als Regierungschef einer Großmacht auf. In Europa stieß diese Machtpolitik auf Ablehnung, auch weil sie die nationalen Republiken auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion infrage stellte. Nach dem Georgienkrieg, der faktischen Annexion Abchasiens, Ossetiens und der Krim und der Unterstützung von Separatisten in Transnistrien und im Osten der Ukraine haben die USA und die EU die Kooperation mit Russland aufgegeben.

Beide Seiten verstehen die andere nicht

Das Tischtuch zwischen der EU und Russland ist zerschnitten. Auf Sanktionen folgen Sanktionen, und es ist ungewiss, wohin diese Eskalationsstrategie führen wird. Im Westen will man nicht begreifen, was das verloren gegangene Imperium für die Eliten und die Mehrheit der russischen Bürger bedeutete, und in Russland begreift man nicht, dass der Versuch, das Vielvölkerreich wiederzubeleben, im Westen als Bedrohung empfunden wird. Inzwischen spricht man in Russland von Europa nur noch im Modus der Verachtung. Nicht nur Politiker werfen der EU und der Nato vor, eine Doppelmoral zu pflegen. Über die völkerrechtswidrige Bombardierung Belgrads und die Intervention im Irak habe das westliche Bündnis nur mitgeteilt, es müssten Menschenrechte geschützt und Terroristen gejagt werden. Russlands Regierung aber werde der Bruch des Völkerrechts vorgeworfen, obgleich sie doch nur bewahren wolle, was 1991 in einem Akt der Willkür zerstört worden sei. Die russische Propagandamaschine läuft auf Hochtouren, und sie verbreitet Fernsbilder und Texte, die keine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der eigenen Mission aufkommen lassen.

Wie konnte es zu dieser Konfrontation kommen? Über ihre Ursachen gibt es keinen Zweifel: Es ist die Wiederauferstehung der imperialen Mission in Russland, ihr Anlass aber war der Sturz des ukrainischen Präsidenten. Als Viktor Janukowitsch verkündete, er werde das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen, brachte er die westlich orientierte Intelligenz gegen sich

auf, die um jeden Preis verhindern wollte, dass die Ukraine in den Schoß des Imperiums zurückkehrte. Das Assoziierungsabkommen versprach der Ukraine eine Einbindung in den europäischen Wirtschaftsraum und in die europäische Sicherheitsarchitektur. In Moskau empfand man dieses Versprechen als einen Versuch, die Interessensphären des Westens auf das Territorium des alten sowjetischen Imperiums auszudehnen. Die Nato im Schwarzen Meer und im Osten der Ukraine? Undenkbar!

Man hätte in dieser Frage zu einer Verständigung kommen können, wenn die Regierungen in Europa nicht Partei ergriffen und alle Befürchtungen Putins bestätigt hätten. Sie verkannten einfach den Ernst der Lage und hielten die Intellektuellen, die auf dem Maidan das Wort geführt hatten, für die Repräsentanten der Macht. Man hätte wissen können, dass die Revolution auf dem Maidan nicht das ganze Land repräsentierte. Auf der Krim und im Osten der Ukraine gab es zwar niemanden mehr, der den abgesetzten Präsidenten verteidigt hätte. Aber nur wenige identifizierten sich dort mit dem Aufbruch in Kiew und der Westorientierung der neuen Machthaber. Wenn ein Präsident durch den Willen der Straße aus dem Amt getrieben werden konnte, warum sollte das nicht auch im Osten der Ukraine und auf der Krim erlaubt sein? Und so entstand eine Bewegung, die zunächst nichts anderes verlangte als Eigenständigkeit und Autonomie innerhalb der Ukraine. Sie verband sich in den nächsten Wochen mit den imperialen Ambitionen Putins, der in das Vakuum hineinstoßen konnte, das die westlichen Politiker mit ihrer geschichtsvergessenen Politik hinterlassen hatten. Putin konnte sich jetzt zum Anwalt jener Menschen erheben, die sich zwar noch mit dem alten Imperium, aber nicht mit dem ukrainischen Nationalstaat identifizierten und die nicht Verlierer einer Revolution werden mochten, die sie nicht gewollt hatten.

Wenn sich zuhausefühlende Menschen plötzlich zu „Fremden“ werden

Nach dem Ende der Sowjetunion verwandelten sich Millionen Sowjetbürger in Angehörige nationaler Minoritäten oder Bewohner autonomer Gebiete, die von neuen Herren regiert wurden, die sie nicht gewählt hatten. Nun lebten sie im Ausland, und sie verstanden nicht, was gegen ihren Willen geschah. So war es auf der Krim und im Osten der Ukraine, in Georgien, in Aserbaidschan, in Moldawien und Kasachstan. Nicht nur Russen empfanden das Ende des Imperiums als eine nationale Demütigung. Auch Abchasen und Osseten, Armenier und Aserbaidschaner, Juden und Deutsche mussten sich in einer Wirklichkeit zurechtfinden, in der sie zu Fremden im eigenen Land gemacht wurden. Die Unabhängigkeit der einen war das Leid der anderen.

Solange in Moskau jene regierten, die das Ende der Sowjetunion zu verantworten hatten, waren die Unzufriedenen in den unabhängigen Republiken allein mit sich und ihrem Schmerz über die verloren gegangene Heimat. Im Frühjahr

2014 war alles anders. Die Aktivisten auf der Krim und in der Ostukraine konnten sich nicht nur auf die Unterstützung Moskaus verlassen, sie waren sich auch in ihren Zielen und Absichten mehr oder wenig einig. Und als der Kampf um den Osten der Ukraine außer Kontrolle geriet, griff die russische Regierung in ihn ein, mit eigenen Soldaten, die die Separatisten vor dem Untergang bewahrten.

In Washington und in Brüssel gab es wenig Zweifel: Die Ukraine müsse gegen einen Aggressor, der ihre nationale Integrität bedrohe, verteidigt werden. Sanktionen statt Verhandlungen – so lautete die Strategie des Westens gegenüber Russland. Diese Haltung aber bestätigte Putin und seine Regierung in all ihren Obsessionen: dass die Nato und die EU die Ukraine aus dem Einflussbereich des ehemaligen sowjetischen Imperiums herauslösen und ihre militärische Präsenz bis an Dnjepr und Don ausweiten werde, auf den historischen Kern des russischen Vielvölkerreiches. Man hätte es schon früher wissen können. Bei seiner Amtseinführung am 7. Mai 2012 hatte Putin erklärt, »das Leben künftiger Generationen « hänge von »unserer Fähigkeit ab, zu den Anführern ganz Eurasiens und zu seinem Gravitationszentrum zu werden«. Jahre zuvor hatte er öffentlich bekannt, dass für ihn der Zerfall der Sowjetunion die größte geostrategische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen sei. Putin beschwor nun die Verbindungen zwischen den Völkern der ehemaligen Sowjetunion. Die Republiken sollten in einem Wirtschaftsraum und durch eine Zollunion näher aneinander gebunden werden. Die Revolution auf dem Maidan setzte diesen Plänen ein Ende.

Eigentlich war alles vorhersehbar

Was nun kam, hätte man vorhersehen können. Pragmatiker aber gab es im Westen kaum. Nur kurzsichtige Politiker, die nach Sanktionen und Gegenwehr riefen, jedoch nicht bereit waren, Krieg um die Ukraine zu führen. Solch ein Spiel aber kann man nicht gewinnen. Noch niemals zuvor war Putin in Russland so populär gewesen wie jetzt. Selbst viele Oppositionelle scharten sich um den Präsidenten, den sie zwar ablehnten, dessen Ukrainestrategie sie aber unterstützten. Russland schwimmt auf einer Welle des Patriotismus, der die Meinungsverschiedenheiten, die es einmal gegeben hatte, zugedeckt hat. Putins Saat geht auf. Seit Jahren wird vom Regime die Nachricht verbreitet, dass westliche Geheimdienste an der Destabilisierung Russlands arbeiteten. Nur aus dem Geist der Demütigung wird verständlich, warum die plumpe Propagandamaschine des russischen Präsidenten erfolgreiche Nachrichten produzieren kann. Nur wenige Menschen in Russland halten die Behauptung, die Revolution auf dem Maidan sei von westlichen Geheimdiensten gesteuert und finanziert worden, für abwegig. Das Imperium war untergegangen, aber in den Köpfen war es noch präsent.

Zwischen Russland und der Ukraine wird unterdessen um die Vergangenheit gestritten. Die Geschichte ist die Ressource, aus der die Begründungen für die Ansprüche der Gegenwart kommen. Die russische Propaganda spricht von Faschisten, die in Kiew die Macht ergriffen hätten, die ukrainischen Nationalisten diskreditieren Separatisten als Terroristen und Knechte des Moskauer Imperiums. Von der Nation erzählen ukrainische Nationalisten eine Leidensgeschichte, deren Ende die Befreiung war. Russlands nationaler Mythos aber ist in eine Heldengeschichte gekleidet, die sich auf den Sieg im Zweiten Weltkrieg beruft und in der das Imperium besungen wird. In der Ukraine werden beide Geschichten erzählt. Ihre Wahrheit hängt allein davon ab, welche Menschen sprechen und welche Erfahrungen sie gemacht haben. Im Westen aber hält man den Opferkult der ukrainischen Nationalisten für die einzige Geschichte, die einen Wahrheitsanspruch erheben darf. Wer hätte es vor 20 Jahren für möglich gehalten, dass sich der linke Zeitgeist in Deutschland einmal zum Fürsprecher nationaler Mythen erklären würde? Wer heute behauptete, die nationale Identität der Deutschen müsse auf den Turnvater Jahn oder das Parlament der Frankfurter Paulskirche zurückgeführt werden, würde ausgelacht werden. Wer aber lacht über den Unsinn, den sich die Nationalisten im Osten Europas ausdenken, um die Überlegenheit ihrer Nationen zu begründen?

Die Sowjetunion war kein Völkerkerker

Es gab in der Sowjetunion nicht nur Ukrainer und Russen, es gab auch Sowjetbürger, und es gab Menschen, denen die nationale Identifikation gar nichts bedeutete. So ist es auch in Deutschland, und niemand wundert sich darüber. In der späten Sowjetunion gab es keine interethnischen Konflikte zwischen Ukrainern und Russen, nirgendwo wurden Menschen nur deshalb diskriminiert, weil sie Ukrainer waren. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Der sowjetische Mythos sollte integrieren, was die Nationalisten trennen wollten. Auf paradoxe Weise integrierte er auch die Opfer des stalinistischen Massenterrors, denn Opfer waren alle gewesen: Russen, Ukrainer, Juden, Deutsche. Die späte Sowjetunion war kein Völkerkerker, in dem unglückliche Menschen nur darauf warteten, vom Joch nationaler Unterdrückung befreit zu werden. Hunderttausende Ukrainer lebten in Russland, Hunderttausende Russen in der Ukraine, Millionen lebten in multiethnischen Ehen, gingen zusammen zur Schule und in den Fußballclub, und sie arbeiteten miteinander. Man konnte Ukrainer, Russe und Sowjetbürger sein, und nur wenige Menschen sahen darin einen Widerspruch, der überwunden werden musste. Die Auflösung der Sowjetunion war für viele Menschen ein tragischer Verlust, über den sie nicht hinweggekommen sind. Denn ihre Heimat war das Imperium gewesen.

Um es mit den Worten eines Moskauer Freundes zu sagen, dessen Vater Russe und dessen Mutter Ukrainerin ist: Er lehne Putin und sein Regime ab, so wie alle Russen immer schon den Staat abgelehnt hätten, aber das Imperium, das seine Heimat sei, dürfe nicht preisgegeben werden. Und man müsste hinzufügen: Man kann die Diktatur der Demokratie vorziehen, wenn man sich von der einen eine größere Ordnungssicherheit verspricht als von der anderen. Europa ist immer schon Ideal und Maßstab für die russischen Eliten gewesen, aber niemals ist eingetroffen, was sich die Eliten von der Zukunft versprochen haben. Das echte Leben ist Chaos und Anarchie. Ihm begegnen die meisten Russen, indem sie sich auf jene Strukturen verlassen, die dem Leben Sicherheit verleihen. Wer Mangel und Unsicherheit empfindet, wird konservativen Ordnungen den Vorzug gegenüber offenen und liberalen Modellen der Herrschaft geben. So ist es auch in vielen Regionen der Ukraine. Nicht von Verfassungen, nationalen Mythen und demokratischen Verfahren hängt es ab, welcher Ordnung die Loyalität der Bürger gehört, sondern von ökonomischer Prosperität, Erwartungs- und Ordnungssicherheit.

Kein Verständnis im Westen

Im Westen hat man von alledem nichts begriffen. Hier spricht man von gemeinsamen Werten, die die Demokratien Europas mit der Regierung in Kiew verbänden. Eine naive Vorstellung, die unterstellt, wer über Demokratie rede, sei auch ein Demokrat. Hat je ein Politiker danach gefragt, womit der Schokoladenkönig und milliardenschwere Oligarch Poroschenko, der einst ein Minister Janukowitschs war und jetzt Präsident der Ukraine ist, seinen Reichtum erworben hat? Wer weiß eigentlich, wie und von wem die Ukraine regiert wird und worauf die Loyalität der Bevölkerung zur Regierung in Kiew beruht?

Putins Russland ist keine Demokratie, sowenig wie die Volksrepublik China eine Demokratie ist. Aber wir können es nicht ändern, dass Russland ist, wie es ist. Solange es keine Alternative zur autoritären Ordnung Putins gibt, wäre es töricht, Russland in Europa zu isolieren. Die Konfrontation wird das Regime nicht schwächen, sondern stärken. Wahrscheinlich seien die meisten Russen, sagt der Schriftsteller Viktor Jerofejew, sehr viel weniger liberal als ihr Präsident. Mit dieser Wirklichkeit sollte sich abfinden, wer in der Politik etwas erreichen will.

Jörg Baberowski ist Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität Berlin. 2012 erschien sein preisgekröntes Werk »Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt« (C. H. Beck)